

An den Bürgermeister der  
Stadt Bergisch Gladbach  
Lutz Urbach  
Konrad Adenauer Platz 1  
51465 Bergisch Gladbach

- Eingegangen -  
17. Juni 2013  
03

Bergisch Gladbach, den 11.6.2013

## Anfrage: „Stadt Bergisch Gladbach weist Bensberger Brandopfer aus Notunterkünften aus!“

Sehr geehrter Herr Urbach,

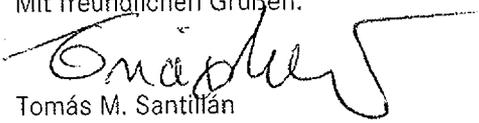
am Abend des 3. April 2013 ist es in Bensberg zu einem Brand in der Schloßstraße 16 gekommen. 35 Bürgerinnen und Bürger sind dadurch obdachlos geworden. Die meisten scheinen noch keine neue endgültige Unterkunft gefunden zu haben, obwohl ihnen von allen Seiten Hilfe versprochen wurde.

Das Thema Haustiere in Notunterkünften war schon 2009 Thema im Stadtrat Bergisch Gladbach. Damals hatte der Rat beschlossen, dass die Möglichkeit geprüft werden soll, ob in Bezug auf die Haltung von Hunden in den städtischen Notunterkünften eine Ausnahmeregelung ermöglicht werden könnte. Wie aus der genehmigten Niederschrift der Ratssitzung vom 17.11.2009 deutlich hervor geht, sollte die Stadtverwaltung eine Lösung erarbeiten. Geschehen ist dies offenbar nicht, denn immer noch werden Menschen mit Hunden und Katzen in den Notunterkünften abgewiesen.

**Wir bitten sie uns folgende Fragen in der Sitzung des ASSG am 27.6.2013 zu beantworten:**

1. Wie viele Menschen aus der Schloßstr. 16 haben nach dem Brand eine endgültige Bleibe gefunden? Damit sind nicht die Personen gemeint, die vorübergehend bei Freunden und Verwandten untergekommen sind, sondern die, die wieder einen ordentliches Mietverhältnis gefunden haben.
2. Wie viele Personen aus der Schloßstr. 16 sind damit faktisch als obdachlos zu betrachten?
3. Welche besonderen Anstrengungen und Maßnahmen hat die Stadt Bergisch Gladbach und ihre Beteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft für diese Bensberger Brandopfer, welche unverschuldete obdachlos geworden sind, unternommen?
4. Welches Ergebnis hat der Prüfauftrag des Stadtrats vom 17.11.2009 ergeben?
5. Mit welcher Begründung werden Obdachlose mit Haustieren bei den Notunterkünften abgewiesen?
6. Welche Maßnahmen hat die Stadt ergriffen um Menschen in Not zusammen mit ihren Haustieren unterzubringen? (In anderen Städten wird dies ermöglicht)
7. Welche wohnungspolitischen Maßnahmen will die Stadt ergreifen um dem Mangel an günstigem Wohnraum wirksam entgegenzutreten und weitere Mietsteigerungen zu verhindern?
8. Wie viele Personen haben bei der Wohnungsvermittlung der Stadt in den letzten 2 Jahren um Hilfe gebeten und wie viele wurde erfolgreich vermitteln?

Mit freundlichen Grüßen.

  
Tomás M. Santillán

Vorsitzender Fraktion DIE LINKE./BfBB

  
Peter Tschorny

Sachkundiger Bürger DIE LINKE./BfBB